





# Die Sozialdemokratie und der Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit

In seiner ersten Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über den Achtstundentag (mit zehn Stunden Arbeit) hat der Vorwärts (Nr. 481 vom 14. Oktober) geäußert, daß er sich eine Beschränkung des Gesetzentwurfes vorbehaltlich, sobald dieser im Wortlaut vorliegt. Die Inhaltssachen des Reichsparlamentarismus, falls der Entwurf in einzelnen Punkten nicht unbedenklich erscheinen.

Nun erheben wir aus der Korrespondenz des Sozialdemokratischen Parlamentsbüros, daß die offiziellen parlamentarischen Kreise der Sozialdemokratie, weit davon, die Bestimmungen des Gesetzentwurfes als „nicht unbedenklich“ zu betrachten, über denselben folgendenmaßen urteilen:

Der Entwurf ist aufgeführt auf die Abmachungen der Konventionsparteien vom 5. Oktober 1923, nach der die Steigerung der Güterzeugung durch reifliche Ausnutzung technischer Fortschritte, durch organisierte Arbeiterleistungen anderer Wirtschaft und durch enge Arbeit jedes einzelnen bei größtmöglicher Ausbeutung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit erreicht werden soll. Auch die vorgezeichneten Einschränkungen und Ausnahmen sind nichts Neues und entsprechen den Vereinbarungen zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, die seit Jahren praktisch angewandt werden. Sie stellen sich als nichts anderes, als praktische Wirtschaftsverhältnisse, die nur durch Steigerung der Produktion gebessert werden können, beheim.

Damit haben die Herren Müller und Herr Lar erfüllt, was sie mit dem Arbeitsgesetz für die ArbeiterInnen vorhaben: Alle jene Durchführungen des „Grundgesetzes“ des Achtstundentages, die diesen zu einer Ausnahme, das heißt, daß von zehn Stunden zu einer Regel machen, alle jene arbeitsrechtlichen Bestimmungen, die im Gesetzentwurf enthalten sind, sind für diese Verhältnisse „nichts Neues“ und entsprechen lediglich den Vereinbarungen zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, die seit Jahren praktisch angewandt werden. Es wird den sozialdemokratischen Parlamentarierinnen und Gewerkschaften nur nahegelegt, dafür zu sorgen, daß die Arbeitszeit der deutschen Arbeiterkraft, alle Kraft für die Befreiung der Wirtschaft einzuheben nicht von dem Unternehmertum missbraucht und das „notwendige Maß“ nicht überschritten wird.

Die Herren sozialdemokratischen „Parlamentarier“ erdrücken sich also, im Namen der ArbeiterInnen von deren Bereitschaft zu verzichten, auch zehn Stunden täglich — vielleicht auch mehr! — wie es eben für die Befreiung der Wirtschaft „notwendig“ ist, zu arbeiten. D. h. sie sind bereit, Etwas und der gesamten Wohlgeheile beizubehalten, wie diese „Leiter“ der deutschen Wirtschaft für notwendig erachten. Sie sind bereit, nachdem sie das Scheitern des dem Ermächtigungsgesetz in den „Kontakten“ mit der Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zu verurteilen, den Achtstundentag zurückzugeben, indem sie den „Grundgesetz“ beibehalten mit „Heidemut“ zurückgeben werden.

Die Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes in seiner Ausschussung vom 16. Oktober zu der Frage der Arbeitszeit ist nicht unmissverständlich. Die Gewerkschaften für die Beamten sind bereit, die Verwirklichung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit „erfolgen“ soll, ist es überhaupt, daß durch die weiteren Verhandlungen über das Gesetz im Reichstag Klarheit über die Auslegung dieser Formel geschaffen werden muß. Auch durch die Auslegung der Arbeitszeit der Beamten in den Behörden und öffentlichen Betrieben des Reichslandes auf dem Verordnungsweg aufgehoben, so wird der Reichstag für seinen Beratungen über das allgemeine Arbeitsgesetz bereits vor vollzogene Tatsachen gestellt.

Der Bundesrat des Reichs, erhebt daher gegen die Wünsche der Reichstagskommission, „monach die Neuregelung der Arbeitszeit unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit“ erfolgen soll, ist es überhaupt, daß durch die weiteren Verhandlungen über das Gesetz im Reichstag Klarheit über die Auslegung dieser Formel geschaffen werden muß. Auch durch die Auslegung der Arbeitszeit der Beamten in den Behörden und öffentlichen Betrieben des Reichslandes auf dem Verordnungsweg aufgehoben, so wird der Reichstag für seinen Beratungen über das allgemeine Arbeitsgesetz bereits vor vollzogene Tatsachen gestellt.

Das Arbeitsgesetz, „monach die Neuregelung der Arbeitszeit unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit“ erfolgen soll, ist es überhaupt, daß durch die weiteren Verhandlungen über das Gesetz im Reichstag Klarheit über die Auslegung dieser Formel geschaffen werden muß. Auch durch die Auslegung der Arbeitszeit der Beamten in den Behörden und öffentlichen Betrieben des Reichslandes auf dem Verordnungsweg aufgehoben, so wird der Reichstag für seinen Beratungen über das allgemeine Arbeitsgesetz bereits vor vollzogene Tatsachen gestellt.

## Der sozialdemokratische Parteivorstand für die Aufhebung des Belagerungszustandes

(Eig. Draht.) Berlin, 18. Oktober.  
Unter dem Druck des Nationalwillens der Mehrheit der organisierten deutschen Arbeiterkraft hat der Parteivorstand der SPD in seiner Sitzung vom 17. Oktober 1923 die Überzeugung geäußert, daß der militärische Belagerungszustand sofort aufgehoben ist, insbesondere, da in den einzelnen Ländern die geschlossenen Zustände unklar geworden seien. Müller-Franken hat diesen Beschluß gefasst nach dem Widerspruch von Stresemann übermittel.

Man darf nicht vergessen, daß am kommenden Sonntag in Berlin die Neuwahlen zum Parteivorstand der SPD, und der „Vorwärts“-Redaktion vorgenommen werden. Die Arbeiter müssen sich an die bisherige Zeit der Sozialdemokratie erinnern. Schon oft ist in der letzten Stunde eine Rettung durch sie an der Arbeiterschaft vorgenommen worden. Jeder Arbeiter muß nach seinen Erfahrungen und seiner Überzeugung handeln.

## Die Solinger Funktionäre der SPD gegen die Parteipolitik

Die SPD-Funktionäre des Kreises Oberlohn haben in ihrer Versammlung am 8. Oktober beschlossen, von ihrem Parteivorstand die sofortige Einberufung des niederrheinischen Parteitag zu verlangen. Die SPD-Funktionäre von Solingen

wenden sich in schriftlicher Weise gegen die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu einem Überfließensabkommen im Bergbau.

## Die lässliche Sozialdemokratie kampfbereit!

Die Zweitägigen Arbeiterorganisationen haben an den Reichstagsmännern der Kammer, den Vorläufer der SPD, und denjenigen der Reichstagsmännern, den lässlichen Geblenden in Berlin, sowie den Vorläufer des Reichs, folgende Resolution abgeben:

„General Müller droht, Truppen einzusetzen auch gegen gelegentliche Zusammenkünfte politischer, gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen in Wittenansehen. Jedem zur Vermeidung der Anwendung unangenehmer Kampfmethoden ist die Anwendung von Waffengewalt verboten.“

Das „Schöne Volksblatt“ (SPD, Widau) schreibt: Die Arbeiterkraft hat die neueste Mitteilung des Reichsreichskommandos nur als Bestätigung des Kampfes durch die Wehrmacht anerkennen müssen. Sie wird daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen und mit allen Mitteln den Generalstabschef vorbereiten.

Die „Reiniger Volkszeitung“ (SPD) schreibt: Müllers Gewalttat: „Dieser ungewöhnliche Vorwand im Reich und in den Lande selbst in dieser ereignisreichen Zeit das größte Verbrechen machen. Der Erlaß bedeutet auch die förmliche Kampfanlage gegen den Staat, die republikanische Bevölkerung und alle die, die sich einer Partei verschließen, die sich dem Reichsministerium widersetzen. Wenn eine offensichtliche Verurteilung notwendig ist, werden wir, hätte nicht dieser Vorwand gegeben werden können, als mit einer solchen Verurteilung.“

Die Zeitung der proletarischen Bundesstaaten in der „Dresdener Volkszeitung“ verurteilt: Der Generalstabschef Müller hat die die zum Schutz der Republik und ihrer verfassungsmäßigen Regierung ins Leben gerufenen proletarischen Abwehrorganisationen verboten. Die untergeordnete Zeitung protestiert mit aller Entschiedenheit, weil gegen dieses Verbot, das sich gegen die treuesten Schützer der Republik richtet. Sie fordert von der lässlichen Regierung den sofortigen und nachdrücklichen Einbruch der Reichsregierung gegen die Unterdrückung dieser Abwehrorganisationen.

„Klauser Volkszeitung“ (SPD) zur Aufhebung der lässlichen Polizeiherrschaft: „Nun haben wir es glücklicherweise in Sachsen soweit gebracht, daß die lässliche Regierung zu einem interaktanten Desistieren gezwungen worden ist. Und das alles geschieht unter dem geistlichen Namen der Großen Koalition, der den Namen der Sozialdemokratischen Partei unumwunden beibehält. Daran ändert auch nichts das hysterische Gerede, das jetzt der „Vorwärts“ gegen den Ausschussverstand erhebt. Die lässliche Arbeiterkraft wird andere Schritte ansetzen müssen, wenn sie die Herrschaft der legalen Rufführer lösen will.“

„Chemischer Volksstimme“ (SPD): „Wie lange wollen Parteivorstand und Reichstagsfraktion diesem Treiben noch zuschauen, wie lange die drei sozialdemokratischen Minister im Kabinett der Großen Koalition noch warten? Soll es erst in Sachsen zu schlimmen Dingen kommen, die sich über die Grenzen ausbreiten zu einem Schritt ansetzen? Wollen sie solange zögern, bis ein General einen Brand entfacht hat, der ganz Deutschland zu verheeren droht? Wie lange noch? fragen wir.“

Wag der Herr General absperrten, läubern, verbieten (sonst er mit einer kann er nicht verzichten: die unbedingte Entschlossenheit der Arbeiterkraft und ihrer Führer, die über die Gewalttätigkeit gegen ihre Regierung eine geschlossene Front entgegenzusetzen werden, und durch nichts gebrochen werden kann. Sie fürder der Druck, um so jeter der Zusammenstoß. Das ist die Antwort der lässlichen Arbeiter.“

Die Partei im Reich aber muß jetzt auf den Plan treten. Denn unter Sanktion ist ihr Scheitern. Die Gesamtpartei muß heraus! Wenn es in Sachsen durch die angeordnete „Einhebung weiterer Truppen“ zu blutigen Zusammenstößen kommt, ist es zu spät, den überbringenden Punkten zu lösen.“

## Bayern eröffnet den Angriff gegen Sachsen

Nach der Entlassung des bisherigen sächsischen Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hat das bayrische Außenministerium dem sächsischen Außenministerium mitteilen lassen, daß es seinen neuen sächsischen Gesandten empfangen werde, solange in der sächsischen Regierung die kommunistische Partei vertreten ist. Zugleich wurde der bayrische Gesandte bei der sächsischen Regierung abberufen.

## Ruhr provoziert Sowjet-Rußland!

Der „Vorwärts“ meldet aus München: „Eine der ersten Anbahnungen v. Ruhrs war die Entziehung der Aufenthaltserlaubnis für einige während des Sommers in Bad Kissingen weilende Russen. Nun erfährt man, daß es sich um die Auswanderung einer sogenannten „Kollektivzentrale in Bayern“ handelt, die in a. in folgenden Personen verortet war: Kretschmer, Reichsleiter der Sowjetregierung in Berlin, Kretschmer, wirtschaftlicher Auslandsvertreter der Sowjetregierung; Siewlow, Redakteur der „Sowjetische“, russische, Präsident des Reichsgerichts in Moskau, Alexan der Jurist, stellvertretender Präsident des Rates der Volkskommission, Leiter der „Eisen, Moskau, und ein Herr Wladimir aus Charkow. Alle diese Herren hatten Diplomatenaufträge, die das diplomatische Bismarck der deutschen Wirtschaft in Moskau und die Genehmigung der Berliner Botschaften Gesandtschaft trugen. In gewissen bayerischen Kreisen wird diese Sandkammer der Gesandten in Berlin als „unzureichend mäßig leichtfertig“ kritisiert.“

Diese Provokationen gegen Sowjet-Rußland erfolgen, um den Reich internationalen Schmierereien zu machen und um der französischen Regierung die Untermütigkeit zu bekunden.

## Die Bedingungen für die Eisenbahnen im Ruhrgebiet

Offen, 19. Oktober.  
Vom französischen Bahnhofskommandanten in Bonn sind folgende Richtlinien für die Wiederinbetriebnahme der Eisenbahnen im Ruhrgebiet abgegeben worden, die aller Wiederinbetriebnahme nach auch Geltung für das ganze Gebiet haben. Die französischen Beamten sind in den Betrieb der Regie verpflichtet, sich diese, die Eisenbahnen nach Frankfurt zu begeben. Die Auszahlung erfolgt

aber in Pariser Markt. Die Beachtung soll nicht höher sein, als diejenige im unbesetzten Gebiet. Den in die Regie eingestellten Eisenbahnern soll das Reich die Bezüge bis zum 27. Oktober weiterzahlen. Ausgewiesene gegen deren Wiederinbetriebnahme grundsätzlichen Bedenken bestehen, können nach Prüfung jedes einzelnen Falles wieder eingestrichelt werden. Die Wiederinbetriebnahme von Inhabern wird abhängig gemacht von der Stellungnahme der französischen Militärbehörde. Es wird ebenfalls noch falls in Fall entscheiden, ob inhaftiert Gewesene eingestellt werden oder nicht. Für die Durchführung der Beamten und Arbeiterpenalitäten sollen die französischen Behörden Grundhaft an die Regie durchführen. Höhere Beamte werden nicht wieder eingestellt. Sämtlich leitende Stellen sollen durch Franzosen besetzt werden. Die Regie glaubt, mit der Hälfte des bisherigen Personals auskommen zu können. Die Regie verlangt volle Wiederinbetriebnahme des Eisenbahnwesens und Aufstellung des Tages- und Lokomotivbestandes nach dem Stande vom 10. Januar 1923. Die Kosten soll das Reich bezahlen.

## Die Aufgabe des Widerstandes

Paris, 19. Oktober.  
Sparus meldet aus Düsseldorf, seit gestern hätten sich bei der französischen-berühmten Eisenbahnenbauende von Arbeitern bei der Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Sparus schließt daraus, daß man nunmehr den positiven Widerstand der Eisenbahner als gegeben ansehen.

## Kommunisten im Reichsrat

(Eig. Draht.) Dresden, 18. Oktober.  
Die sächsischen Minister Götzinger und Hedert sind in den Reichsrat delegiert worden.

## Kampfbereitschaft in Hannover

(Eig. Draht.) Hannover, 19. Oktober.  
Im ganzen Kreise Alfeld ist die Stimmung der Arbeiter über die Vorgänge am Sonntag und über unzureichende Lohnzusammenhänge äußerst erregt und kampfbereit. In Alfeld ist daselbst der Fall, in Hildesheim äußerst erregte Stimmung. In Sönner hat die Arbeiter in die Betriebe zu geben. In Hannover sind gestern eine Delegationsversammlung der Kommunisten Arbeiter statt, die man nur mit großer Mühe davon abhalten konnte, daß sie Demonstrationen unternähmen. Die Stimmung unter Arbeiter im ganzen Bezirk ist so, daß man jeden Tag damit rechnen kann, daß es zu größeren Streikbewegungen kommt.

## Russische Hilfe dem deutschen Proletariat

Die Intendanten des Herrn Stinnes der kapitalistischen Presse vom Schlege der „Allgem. Zeitg. für Mitteleuropa“ behaupten dieser Tage, in der russischen Presse sei keine Spur von Solidarität der Russen für das notleidende deutsche Proletariat zu entdecken. In Wirklichkeit steht das deutsche Proletariat nicht allein in dem heißen Kampf, der ihm bevorsteht. Die russischen Arbeiter und Bauern gegen ein heißes solidares „Mitgefühl“ für die hungernden Massen Deutschlands. Noch mehr: Sie trennen darauf, diese Solidarität durch die Tat zu bezeugen. Nachfolgende Meldungen sind die besten Beweise dafür:

Charkow: Am 1. Oktober fand hier eine Versammlung der proletarischen Studenten statt, die von der Studentenkommission zur Hilfe des deutschen Proletariats einberufen worden war. In dieser Versammlung nahm ein russischer Student teil. Der Genosse Stankow bemerkte in einem Bericht über die internationale Lage, daß in der Zeit, wo in dem „faulsten Europa“ Jerrall und Cnops herrschen, an den Grenzen Wiens, in Russland, die Sowjetmacht aufblüht und die Wirtschaft wieder angeht. Nachdem Genosse Stankow die Vorgänge in Deutschland beschrieben hat, die sich schneller zuspitzen als man erwarten zu können glaubte, forderte er die proletarische Studentenschaft auf, dem deutschen Proletariat zu helfen.

Nach dem Vortrag nahm die Studentenschaft eine Resolution einstimmig an, die das deutsche Proletariat in seiner Ausdauer in dem heldenhaften Kampf beglückwünscht und die gesamte ukrainische Studentenschaft zu aktiver Hilfe für eine

## Hilfswohle für das deutsche Proletariat

aufricht. Weiterhin wurde beschlossen, daß jeder Student 3 bis 10 Gulden für diese Hilfsaktion gibt.

Charkow: Der Genosse Lebede gab bei den Lokomotivführern einen Bericht über die internationale Lage. Die Lokomotivführer versprachen dem deutschen Proletariat eine allseitige Unterstützung und fordern sie auf, seit auf ihrem revolutionären Posten zu bleiben.

Minsk: Die Bezirkskonferenz der Minister Eisenbahner hat im Namen von 2000 Arbeitern eine Resolution eingebracht, in der sie das deutsche Proletariat beglückwünscht und ihm ihre allseitige Unterstützung zusichern.

Symphoropol: Die Vorgänge in Deutschland werden in großen Arbeiterversammlungen mit lebhaftem Interesse besprochen. Die ukrainische Konferenz bringt eine Resolution für die weitgehende Unterstützung der deutschen proletarischen Revolution.

Wichtige Resolutionen wurden von den Konferenzen der Eisenbahner und der Lehrer angenommen. In einer Versammlung von ausländischen Seeleuten von sechs Nationen mit Teilnahme der russischen Seeleute wurde eine Resolution angenommen, die die Seeleute zur aktiven Unterstützung der deutschen Revolution aufruft.

Prag: Die Arbeiter und Angestellten der Zwiebackfabriken Belschitz, eine Partei für die deutschen Arbeiter zu arbeiten. Die Delegierten-Versammlung der Arbeiter der Steier „Mehring“ Fabrik nahm eine Resolution an, in der sie dem deutschen Proletariat ihre volle Bereitschaft im gegebenen Augenblick zusichert.

Welsky-Uzshug: Die Konferenz der Wasserarbeiter verzögert dem deutschen Proletariat, daß es mit ihrer Unterstützung in seinem Kampfe rechnen kann.

## Aus der Partei

Fortschritte der kommunistischen Partei in Köln  
Köln, 18. Oktober.  
Die Betriebszelle in den Hülshausen-Raffinerien hat in den letzten Tagen 100 Neuaufnahmen für die Partei und 90 Ankommen für die „Sozialistische Republik“ gewonnen.

**Seiprio**

Kaufen Sie keine billigen Waschmittel auch wenn sie äußerlich schön aussehen, irgendwo rächt sich die minderwertige Qualität doch. Seiprio enthält 80% Fett, ist daher die mildeste und sparsamste Haushaltsseife.

**Vereinigte Seipenfabriken Stuttgart A.G.**







